

## Editorial

### Das Wahlparadox

Gemäss Sorgenbarometer 2010 erachten 97 Prozent der Schweizer Bevölkerung die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) als eines der wichtigsten Ziele der Schweiz. Dies ist verständlich, denn über eine Million Kinder und Jugendliche besuchen die obligatorische Schule oder absolvieren eine Ausbildung auf Sekundarstufe II. Über 250'000 Personen befinden sich ausserdem in einer vom Bund subventionierten oder finanzierten Ausbildung auf Tertiärstufe (höhere Berufsbildung, Fachhochschulen, kantonale Universitäten, ETHs). Die Bildungsförderung ist eine anerkannte nationale Priorität, aber kein eigentliches Wahlkampfthema (siehe rechts).

Die unmittelbare Aktualität – Fukushima, die Währungskrise oder die Wirtschaftspolitik – diktiert die Wahlkampfprogramme. Dies geschieht zum Nachteil zentraler Aufgaben wie der Ausbildung junger Menschen zu qualifizierten Arbeitskräften. Diese stärken die Industrie und tragen dazu bei, Arbeitsplätze zu erhalten – nicht nur in den sechs Monaten des Wahlkampfes, sondern in Zukunft, der Zukunft einer ganzen Generation.

Am 24. Oktober 2011 sind die Wahlen Geschichte und der politische Alltag beginnt. Hoffen wir, dass die Diktatur der Aktualität dann von Visionen und nicht von Slogans abgelöst wird. Die Umfragen bestätigen es: Es ist der Wille des Volkes.

**Claude Comina,**

Koordinator Netzwerk FUTURE

## Eidgenössische Wahlen 2011

# Bildung und Forschung sind nur begrenzt Wahlkampfthemen

**Die Bundesratsparteien SP, CVP, FDP und SVP haben Bildung, Forschung und Innovation (BFI) nicht in die Liste ihrer Wahlkampfthemen aufgenommen. Nur bei den Grünen und der BDP bildet die Hochschul- und Forschungspolitik einen Themenschwerpunkt. In den Legislaturprogrammen 2012-2015 finden sich aber bei allen Parteien Aussagen zum BFI-Bereich. Fünf Themen scheinen besonders wichtig zu sein: Fachkräftemangel, Energieforschung, Stipendien, Studiengebühren sowie Finanzierung.**

Bei den grossen Bundesratsparteien CVP, FDP, SP und SVP gehören Bildung, Forschung und Innovation (BFI) nicht zu den Wahlthemen für die eidgenössischen Wahlen 2011. Die Prioritäten bilden die Sozial-, Wirtschafts-, Migrations- und Energiepolitik. Einzig die Grünen und die BDP haben Bildung und Forschung in die Liste ihrer Kernthemen für die Wahlen aufgenommen. In den erweiterten Wahlkampfunterlagen und den Legislaturprogrammen 2012-2015 finden sich aber bei allen Parteien Ideen und Vorschläge für die BFI-Politik.

### Vereinzelt globale Sichtweisen

Eine globale Vision – von der Steuerung über die Herausforderungen bis zur Finanzierung – zeigen SP, Grüne und FDP. Die CVP formuliert Ideen zu den Einzelthemen Gebühren und Numerus Clausus. Die SVP behandelt die Primarschule ausführlich, die Hochschulstufe am Rande. Bei der BDP bleiben die Aussagen sehr allgemein. Insgesamt scheinen fünf Themenbereiche für die untersuchten Parteien besonders wichtig zu sein: Finanzierung, Stipendien, Studiengebühren, Fachkräftemangel und Energieforschung. Die Lösungsvorschlä-

ge für diese Herausforderungen unterscheiden sich von Partei zu Partei (siehe Grafik Seite 2).

### Wenig Konkretes zur Finanzierung

Fast alle Parteien anerkennen die grosse Bedeutung von Bildung und Forschung und fordern deshalb solide Finanzmittel für den BFI-Bereich. Ein konkretes Finanzierungsszenario schlagen allerdings nur die Grünen vor. Sie fordern für den BFI-Bereich in der kommenden Legislaturperiode ein jährliches Mittelwachstum von zehn Prozent. Die SP spricht von einer «Erhöhung des Bundesanteils» und fordert verbindliche finanzielle Zusagen, um eine langfristige Planung zu ermöglichen. Die FDP will für den BFI-Bereich eine «überproportionale Erhöhung im Vergleich zum restlichen Haushalt».

---

### Die Parteien anerkennen die Bedeutung von Bildung und Forschung und fordern solide und verlässliche Finanzmittel.

---

Bei den Stipendien sind die Meinungen geteilt. SP und Grüne wollen eine Erhöhung der Stipendien. Die CVP spricht von «Mindeststandards im Stipendienwesen». FDP, SVP und BDP enthalten sich einer Aussage. Besonders kontrovers werden die Studiengebühren diskutiert – oft auch im Zusammenhang mit den ausländischen Studierenden: Die SVP spricht sich für eine Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende aus. Die CVP schlägt ein «europäisches Konkordat zur Finanzierung von Studienplätzen» vor, das die

*Fortsetzung auf Seite 2*

*Fortsetzung von Seite 1*

europäischen Länder verpflichtet, sich an den Kosten ihrer Studierenden in der Schweiz zu beteiligen. Die SP und die Grünen lehnen jegliche Gebührenerhöhungen ab.

**Die Schweiz braucht Fachkräfte**

Vor allem die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und BDP sorgen sich wegen des

Fachkräftemangels in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen. FDP und CVP fordern deshalb eine Erhöhung der Studienplätze in den Naturwissenschaften. Die FDP spricht sich ausserdem dafür aus, den besten ausländischen Hochschulabsolventen eine Arbeitsbewilligung in der Schweiz zu erteilen. Die BDP fordert ein «Förderprogramm für Technik und Naturwissenschaften an den Grund- und Mittelschulen». Auch der

Ärztmangel bewegt die Parteien: Um ihm entgegenzuwirken, wollen die CVP, die SVP und die SP die Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium abschaffen.

Der Aktualität entsprechend ist auch die Energieforschung bei den untersuchten Parteien ein wichtiges Thema. Sämtliche Parteien sehen darin eine Forschungspriorität. (sca)

**Die Positionen der Parteien in den Wahlkampfunterlagen 2011**

	SVP	BDP	FDP	CVP	SP	Grüne
<b>Finanzierung</b>	–	–	– Überproportionale Erhöhung im Vergleich zum restlichen Haushalt – Kein Go-and-Stop	–	– Genügend Mittel – Verbindlichkeit der Zusagen – Erhöhung des Bundesanteils	– Jährliche Mittel-erhöhung um zehn Prozent
<b>Stipendien</b>	–	–	–	– Mindeststandards im Stipendienwesen	– Erhöhung	– Erhöhung
<b>Studiengebühren</b>	– Erhöhung für Ausländer	–	–	– Europäisches Konkordat	– Keine Erhöhung	– Keine Erhöhung
<b>Fachkräftemangel</b>	– Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium	– Förderprogramm für Naturwissenschaft und Technik in Grund- und Mittelschulen	– Mehr Studienplätze in Naturwissenschaften und Medizin – Arbeitsbewilligung für exzellente ausländische Hochschulabsolventen	– Mehr Studienplätze in Naturwissenschaften und Medizin – Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen	– Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen – Nachwuchsförderung in der Medizin	–
<b>Energieforschung</b>	– Begrüssst private Forschung zu neuen erneuerbaren Energien	– Konsequente Förderung der Entwicklung von Energietechnologien	– Umwelttechnologien als Chance in der Innovation nutzen	– Mehr Bundesmittel für Forschung im Bereich Erneuerbare und Energieeffizienz	– Forschung soll Lösungen für Probleme wie Klimawandel finden und einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten	– Neuausrichtung der Forschungsprioritäten in Richtung Energieforschung

**NEWS**

Shanghai-Ranking 2011

**Vier Schweizer Hochschulen in Top-100**

Beim Hochschulranking 2011 der Shanghai Jiao Tong University (Shanghai-Ranking) klassieren sich erstmals vier Schweizer Universitäten unter den ersten hundert. Die ETH Zürich liegt auf dem 23. Gesamtrang und ist damit die beste kontinentaleuropäische Hochschule. Dahinter folgen die Universitäten Zürich (56.), Genf (73.) und Basel (89.). In den Top-200 liegen auch die ETH Lausanne (EPFL) und die Universität Bern. Das Ranking wird wie schon im Vorjahr von der US-amerikanischen Harvard-Universität angeführt.

Die Schweizer Hochschulen schneiden in den Kategorien Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften sowie Medizin hervorragend ab. Die ETH Zürich belegt in den Naturwissenschaften den 8. Platz und ist nach der britischen Universität Cambridge die beste europäische Hochschule. Der EPFL gelingt mit Platz 20 in den Ingenieurwissenschaften dasselbe. Die Universität Zürich schneidet in den Lebenswissenschaften besonders gut ab (Rang 27). Die Universität Genf belegt in den Naturwissenschaften Platz 37 und die Universität Basel Rang 47 in der Medizin.

[www.shanghairanking.com/ARWU2011.html](http://www.shanghairanking.com/ARWU2011.html)

**News auf netzwerk-future.ch**

Auf der Website des Netzwerks FUTURE [www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch) finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Bildung, Forschung und Innovation.

Abfederung der Frankenstärke

**Rund 212 Millionen Franken für Technologie und Innovation**

**Der Bundesrat will 212,5 Millionen Franken in die Forschung und den Technologietransfer investieren, um die Exportwirtschaft trotz starken Frankens wettbewerbsfähig zu erhalten. Profitieren sollen die Kommission für Technologie und Innovation, der Schweizerische Nationalfonds, der ETH-Bereich und die kantonalen Hochschulen.**

Im Rahmen des Massnahmenpakets gegen die Frankenstärke will der Bundesrat den Forschungs- und Forschungsförderungsinstitutionen 212,5 Millionen Franken zukommen lassen.

Die Begünstigten sind:

- Kommission für Technologie und Innovation (KTI): 100 Millionen
- Schweizerischer Nationalfonds (SNF): 10 Millionen
- ETH-Bereich: 59,5 Millionen
- Teilnehmende internationaler Forschungsprogramme: 43 Millionen

Die KTI soll die Exportindustrie mit 100 Millionen Franken dabei unterstützen, Produktionskosten zu senken und Innovationsvorhaben umzusetzen. Der SNF erhält 10 Millionen, um in den Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) Technologietransferprojekte verstärkt zu fördern. Im ETH-Bereich sollen 59,5 Millionen Franken für Forschungsinfrastrukturen und Technologietransferinitiativen eingesetzt werden. Die Kursverluste der Teilnehmenden von internationalen Forschungsprogrammen werden mit 43 Millionen Franken aufgefangen. Von diesem Betrag erhalten die beiden ETH und die übrigen Hochschulen je 10 Millionen, die Unternehmen 20 Millionen und andere Forschungsinstitutionen 3 Millionen Franken.

Der Ständerat behandelt das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke am 14. September, der Nationalrat am 20. September 2011.

**Unterstützen wir die Forschung**

Mit den Vorschlägen im Massnahmenpaket gegen den starken Franken unterstreicht der Bundesrat die grosse Bedeutung der Forschung für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft. Die Massnahmen werden der Industrie direkt – via die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) – oder indirekt über die Innovationsinitiativen der Hochschulen zugutekommen. Der Bundesrat trägt ausserdem der Tatsache Rechnung, dass die Hochschulen selbst unter dem starken Franken leiden, weil sie aus internationalen Forschungsprogrammen wegen des tiefen Dollar- und Eurokurses nicht die Beträge erhalten, die ihnen zu Projektbeginn zugesichert wurden. Dies führt zu Verlusten in Millionenhöhe. Es ist nun am Parlament, die Bildung und Forschung zu unterstützen und dem Massnahmenpaket zuzustimmen.

**Anita Fetz, Ständerätin**

Mitglied des Vorstands des Politikerteams FUTURE

**SMS****EU stellt sieben Milliarden für Forschung zur Verfügung**

Die EU-Kommission wird für die kommende und letzte Ausschreibungsserie im 7. Forschungsrahmenprogramm (FP7) rund sieben Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dies ist das grösste je gesprochene Förderpaket in FP7. Brüssel will damit die Innovation ankurbeln und kurzfristig zirka 174'000 Arbeitsplätze schaffen. Die Schweiz ist über die Bilateralen Verträge I an FP7 assoziiert.

**SNF: Dieter Imboden tritt als Präsident des Forschungsrats zurück**

Nach achtjähriger Tätigkeit als Präsident des Forschungsrats des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) tritt Dieter Imboden Ende 2012 von seinem Amt zurück. Der SNF hat die Stelle ausgeschrieben.

**Fünf bis sechs neue Nationale Forschungsschwerpunkte**

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) schreibt eine vierte Serie Nationaler Forschungsschwerpunkte (NFS) aus. Mit dem zur Verfügung stehenden Budget können fünf bis sechs NFS finanziert werden. Es bestehen keine thematischen Vorgaben. Die Eingabefrist endet am 16. Januar 2012. Anfang 2014 sollten die Forschungsarbeiten beginnen.

**Bundesrat beantragt 100 Millionen für Bauten des ETH-Bereichs**

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament im Rahmen des Bauprogramms des ETH-Bereichs für 2012 einen Verpflichtungskreditantrag von 100 Millionen Franken. Das grösste Projekt im Bauprogramm 2012 ist mit rund 21,5 Millionen Franken die Neugestaltung des Campus der ETH Lausanne.

**Nächste Nationale Forschungsprogramme zu Energieforschung**

Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) hat die Ausschreibung zur nächsten Serie Nationaler For-

schungsprogramme (NFP) am 8. Juli 2011 eröffnet. Sie wird sich auf die Energieforschung konzentrieren. Dies hatte der Bundesrat bereits im Juni 2011 entschieden. Die Ausschreibung dauert bis am 21. September 2011. Der Bundesrat wird im Frühling 2012 über die neuen NFP entscheiden.

**Beteiligung an europäischer Neutronenquelle**

Der Bundesrat wird die Absichtserklärung zum Bau und Betrieb der europäischen Spallations-Neutronenquelle (ESS) unterzeichnen. Damit wird sich die Schweiz aktiv an dieser Forschungsinfrastruktur beteiligen können. Die Baukosten dürften sich auf etwa 1,4 Milliarden Euro belaufen. Die Höhe des Schweizer Beitrags ist noch nicht bekannt. Mit der ESS baut Europa die weltweit leistungsfähigste Neutronenquelle.

**Über 41'000 Hochschulabschlüsse im Jahr 2010**

An den universitären Hochschulen und Fachhochschulen haben 2010 rund 41'100 Personen ein Diplom, einen Bachelor, einen Master oder ein Doktorat erlangt. Im Jahr 2009 waren es rund 37'800. Insbesondere die Masterabschlüsse an den Fachhochschulen verzeichneten einen starken Anstieg: Während 2009 noch 498 Personen einen Fachhochschul-Master erlangten, waren es 2010 über 2'000. Dies zeigen Zahlen des Bundesamtes für Statistik.

**Fachhochschultitel Bachelor und Master haben sich bewährt**

Der Bundesrat will die mit der Bologna-Reform an den Fachhochschulen eingeführten Titel Bachelor und Master beibehalten. Neben diesen Titeln sollen die Fachhochschulabsolventen weiterhin gängige Bezeichnungen wie Ingenieur oder Architekt verwenden dürfen. Der Bundesrat sieht keinen Bedarf für eine gesetzliche Regelung bei den Fachhochschultiteln. Dies geht aus dem Bericht «Titelverordnung für Fachhochschulen» hervor. Er erfüllt das Postulat 05.3716

der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats.

**ETH-Rat fordert Mittelwachstum von sechs Prozent für 2013-2016**

Der ETH-Rat fordert vom Bund für die Periode 2013-2016 ein jährliches Mittelwachstum von sechs Prozent. Ein solches Wachstum sei nötig, um die Qualität in Lehre und Forschung aufrecht zu erhalten – trotz steigender Studierendenzahlen, Grossforschungsprojekten und der erfolgreichen Projekteingaben des ETH-Bereichs bei den FET-Flaggschiff-Programmen der EU (Future and Emerging Technologies).

**SNF führt Kategorie «anwendungsorientiert» ein**

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) wird ab Oktober 2011 Projekte der anwendungsorientierten Grundlagenforschung fördern. Diese orientiert sich an Fragestellungen aus der Praxis und zielt sowohl auf den Erkenntnisgewinn als auch auf die Anwendung. Mit der Einführung dieser Forschungskategorie ermöglicht der SNF nicht zuletzt den Fachhochschulen einen adäquaten Zugang zu seiner Projektförderung. [www.snf.ch/d/aktuell/dossiers](http://www.snf.ch/d/aktuell/dossiers) → Anwendungsorientierte Grundlagenforschung

**Impressum**

Münstergasse 64/66  
3011 Bern  
Tel. 031 351 88 46  
Fax 031 351 88 47  
[www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch)

© Netzwerk FUTURE 2011

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.